

IG: Nur Erdkabel akzeptable Lösung

Gespräch mit Christian Wulff / Eigentümer-Erklärungen

LANDKREIS (sdl) ■ „Wir werden jetzt abwarten, ob den Worten auch Taten folgen“, bewahrte Frank Windhorst, Vorsitzender der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“, eine große Portion Skepsis – gleichwohl das Gespräch mit Ministerpräsident Christian Wulff von einem „konstruktiven Diskussionsklima“ geprägt gewesen sei.

Von Wulff erhofft sich die IG – Sprachrohr für rund 3500 Gegner der 380 KV-Freileitung zwischen Ganderkesee und St. Hülfe – Unterstützung: Nur eine Erdverkabelung ist für sie eine akzeptable Lösung.

Dafür setzten sich bei dem einstündigen Gespräch in Hannover sieben Vertreter der Interessengemeinschaft ein: Frank Windhorst, Peer Laue und Arno Lindemann (Landkreis Oldenburg) sowie Helga Möring-Bening, Jürgen Hellmann, Ralf Schwarze und Ulrich Aumann (Landkreis Diepholz). Mit am Tisch: die Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes (Harpstedt), Hartmut Bloch (Rehden) und Detlef Moss

als Stellvertreter des Barnstorfer Samtgemeindebürgermeisters. In das Gespräch brachten sich außerdem Rainer Timmermann als Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindetages sowie Beigeordneter Joachim Vollmer als Fachmann für Energiewirtschaft ein. Beide hätten die Forderungen der IG und der Kommunen nachdrücklich unterstützt, so Windhorst.

„Wulff betonte, dass seinen Mitarbeitern rechtlich teilweise die Hände gebunden sind und er sich aus diesem Grunde stärker in die Diskussion um die umstrittene Freileitung einbringen wird“, berichtete Frank Windhorst über das einstündige Treffen mit dem Ministerpräsidenten. Er strebe in den nächsten sechs bis acht Wochen ein Gespräch mit der E.ON Netz an, Antragstellerin für den Freileitungsbau – und wolle im Vorfeld von seinen Mitarbeitern die Möglichkeit eines Pilotprojektes prüfen lassen.

Auch wenn das möglicherweise mit EU-Mitteln gefördert werden könnte: „Die Sinnigkeit eines Pilotprojek-

tes bei einer Stückelung Freileitung/Erdverlegung ist sehr fraglich“, so Windhorst. Eine Teilverkabelung lehnten die Vertreter der IG und der Kommunen geschlossen ab: „Es kommt nur eine komplette Erdverlegung in Frage!“

Die Freileitungs-Gegner überreichten dem Ministerpräsidenten einen Ordner mit Eigentümer-Erklärungen – von nahezu 100 Prozent der Betroffenen entlang der Trasse, so hieß es. Darin kündigen die Grundstücksbesitzer Widerstand an, falls ihr Grundeigentum durch Aufstellung eines Masten oder durch Überspannung der Freileitung betroffen sei. „Meine Grundstücke werde ich freiwillig für das geplante Vorhaben der E.ON Netz GmbH nicht zur Verfügung stellen“, heißt es darin wörtlich.

In Hannover kündigte die IG eine Klage gegen das Raumordnungsverfahren an. Grund: Bei dessen Durchführung seien viele Fehler gemacht worden. Die IG freut sich über die zugesagte „volle Unterstützung der Gemeinden“ – auch im Falle einer Klage.